**Aussenpolitische Kommission des Ständerates**

**Stellungnahme der APK-S zum Mandatsentwurf für Verhandlungen mit der EU**

|  |
| --- |
| **Stellungnahme der APK-S zu den Verhandlungsleitlinien (Gesamtabstimmung 9/3/1)** |
|  |
| Die APK-S nimmt hiermit im Rahmen der Konsultation Stellung zu den Verhandlungs-leitlinien zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz – EU.  Einleitung  Einleitend betont die Kommission, dass die vorliegende Stellungnahme bewusst eine allgemeine Würdigung mit einigen Empfehlungen beinhaltet. Angesichts des Verfahrensstands verzichtet die Kommission auf Kommentierung aller Punkte oder eine substantielle Einengung der Leitlinien, um dem Bundesrat den nötigen Verhandlungsspielraum zu lassen. Entsprechend bleibt eine Würdigung des Ergebnisses der Verhandlungen auch im Lichte der erfolgten innenpolitischen Arbeiten vorbehalten.  Vorab dankt die Kommission dem Bundesrat für die Transparenz, die er mit der Veröffentlichung der Verhandlungsleitlinien an den Tag legt. Damit können sich alle interessieren Kreise auf derselben Basis einbringen. Und die in unserem Land notwendige innenpolitische Diskussion kann auf sachlicher Basis geführt werden.  Allgemeine Würdigung  Das nun vorliegende «Common Understanding» mit der EU-Kommission als Resultat der Sondierungsgespräche erscheint der Kommission als gute Basis, um Verhandlungen hin zu einem akzeptierbaren Resultat zu gelangen, welches den Schweizer Interessen Rechnung trägt und langfristig zu Rechtssicherheit beiträgt.  Die Kommission begrüsst ausdrücklich den Gesamtpaket-Ansatz, die Integration institutioneller Regeln in die Markzugangsabkommen (vertikaler Ansatz) sowie den Verzicht auf Guillotine-Klauseln. Bezüglich letztgenanntem Punkt darf die Formulierung in Ziff. 12 des «Common Understanding», wonach bestehende und künftige Abkommen betr. Binnenmarkt ein kohärentes Ganzes («coherent whole») bilden sollen, nicht dazu führen, dass künftig einzelne Abkommen in eine gegenseitige rechtliche Abhängigkeit gebracht werden. Wichtig erscheint der Kommission, dass die verhandelten Regeln über staatliche Beihilfen nur sektoriell im jeweiligen Bereich bzw. Abkommen gelten und keine horizontale Wirkung entfalten.  Die Kommission begrüsst auch, dass ein ganzes Paket neuer Abkommen (Strom, Gesundheit, Lebensmittelsicherheit) verhandelt wird. Abgesehen von den entsprechenden Schweizer Interessen in diesen Bereichen ermöglicht dies eine zusätzliche Verhandlungsmasse. Sollte sich zeigen, dass unsere Interessen in einem dieser Bereiche ungenügend gewahrt werden könnten oder ein Abkommen aus anderen Gründen unbefriedigend bleibt, sollte auf den entsprechenden Abschluss eines einzelnen Abkommens verzichtet werden können, ohne dass andere verhandelte Bereiche in irgendeiner Weise betroffen werden. Insbesondere soll kein Junktim zwischen einem Stromabkommen und dem Rest des Verhandlungspakets geschaffen werden.  Für die Kommission ist auch die Haltung und Unterstützung der Kantone, wie sie im Positionspapier der KdK vom 24. März 2023 und in deren Stellungnahme vom 2. Februar 2024 zum Ausdruck kommt, wichtig.  Institutionelle Regeln  Die Kommission unterstützt die Voraussetzungen, welche für die dynamische Rechtsübernahme gelten sollen sowie den Zwei-Pfeiler-Ansatz bei der Anwendung und Überwachung der Abkommen. Bei der Streitbeilegung ist nachvollziehbar, dass dem EuGH eine klar eingegrenzte Funktion bei der Auslegung unionsrechtlicher Rechtsfragen zukommt, dies als Konsequenz sektoriellen Teilnahme der Schweiz am Binnenmarkt und der damit verbundenen Übernahme von EU-Recht. Dabei ist darauf zu achten, dass die Kompetenz des EuGH sich strikt darauf beschränkt, unionsrechtliche Begriffe auszulegen, und zwar nur dann, wenn das Schiedsgericht diese Auslegung als unklar, und für einen Entscheid als notwendig bzw. relevant erachtet und soweit diesbezüglich die Auslegungsfrage vom EuGH nicht schon so einem früheren Zeitpunkt beantwortet worden ist. Es soll insbesondere in der abschliessenden Zuständigkeit des Schiedsgerichts liegen zu entscheiden, ob diese Voraussetzungen zur Anrufung des EuGH vorliegen.  Der Bundesrat soll zudem bis zum Abschluss der Verhandlungen darlegen, mit welchen Massnahmen er gedenkt die Sicherung der Schweizer Interessen im Rahmen des «decision shaping» auf europäischer Ebene vorgängig zur dynamischen Rechtsübernahme sowie den Einbezug des Parlaments in diesen Prozess sicherzustellen.  Des Weiteren sind verschiedene Elemente im Rahmen der Schiedsordnung verbindlich festzulegen, so zum Beispiel ist klarzustellen, dass nicht eine Partei allein verlangen kann, dass eine Streitsache zur Auslegung dem EuGH unterbreitet wird.  Schliesslich ist auch das Verhältnis zum Schweizerischen Bundesgericht zu klären. Beispielsweise soll das Bundesgericht generell nicht verpflichtet sein, eine Streitsache mit direktem Bezug zu einem von der Schweiz unterzeichneten Binnenmarktabkommen dem EuGH zur Auslegung zu unterbreiten.  Es ist sicherzustellen, dass allfällige Ausgleichsmassnahmen erst in Kraft treten können, sobald das Schiedsgericht die Frage der Verhältnismässigkeit entschieden hat.  Zwei-Pfeiler-Ansatz für die Überwachung von Abkommen  Wie erwähnt, wird der Zwei-Pfeiler-Ansatz bei der Überwachung der Abkommen ausdrücklich begrüsst. Zur Vorbereitung des schweizerischen Mechanismus ist eine breite Auslegeordnung zu machen. Es sind verschiedene Lösungsvarianten aufzuzeigen. Insbesondere sollen für spezifische Binnenmarktabkommen auch spezifische Behörden (zum Beispiel Strom / ELCOM) evaluiert werden. Des Weiteren sind auch die föderalistischen Aspekte bei der Positionierung und Zusammensetzung der schweizerischen Behörden zu beachten.  Neue Abkommen in den Bereichen Strom, Gesundheit, Lebensmittelsicherheit  Die Kommission unterstützt das Ziel, Abkommen in den Bereichen Strom, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit abzuschliessen.  Im Bereich Strom ist die Wahlfreiheit der Haushalte und KMUs zentral, sodass also deren volle Wahlfreiheit oder die Option zum Verbleib in der geschützten Grundversorgung verbleibt. Dieser Grundsatz muss gegenüber der Formulierung im «common understanding» abgesichert werden, wonach dieser Konsumentenschutz «in line with EU law» sein muss, vor allem, wenn dieses sich weiterentwickelt. Um diesen Bestand gegenüber allfälligen künftigen EU-Liberalisierungsschritten abzusichern, könnte eine Nichtregressionsklausel analog wie beim Lohnschutz zielführend sein. Denkbar wäre ein etappenweises Vorgehen, sodass die Grundversorgung gesichert bleibt, bevor eine Marktöffnung erfolgt.  Die Kommission legt sodann Wert darauf, dass sich das Stromabkommen im Wesentlichen (entsprechend den im Faktenblatt Strom erwähnten Zielsetzungen) auf die Zusammenarbeit im Bereich Netzstabilität, den Stromhandel und die Versorgungssicherheit konzentriert.  Die Möglichkeit der Schweiz zur Bildung von Stromreserven ist im «Common Understanding» als anerkannte Beihilfe erwähnt und muss im Vertragstext konkretisiert und eindeutig abgesichert werden.  Des Weiteren sind auch die heutigen Produktionsformen (einschliesslich Vergabe von Konzessionen) und Produktionskapazitäten, die die Schweiz aufbaut und betreibt, vertraglich abzusichern.  Unionsbürgerrichtlinie  Im Bereich der Unionsbürgerrichtlinie unterstützt die Kommission grundsätzlich die Verhandlungsleitlinien. Bei der UBRL ist der verlangte Arbeitsmarktbezug gemäss «Common Understanding» ein wichtiger Schritt zur Verhinderung einer Zuwanderung in unsere Sozialwerke. Der Bundesrat strebt zudem an, dass sich die Definition der Erwerbstätigkeit möglichst an einer Vollzeitäquivalenz orientiert.  Dabei soll auch nach Ablauf der 5-Jahresfrist bzw. dem Zeitpunkt des Eintritts des Daueraufenthaltsrechts sichergestellt sein, dass Personen, die dauerhaft Sozialhilfe beziehen oder keine Bemühungen für eine Beteiligung am Wirtschaftsleben zeigen, das Daueraufenthaltsrecht entzogen werden kann.  Mithin soll im Rahmen des Daueraufenthalts das Aufenthaltsrecht entzogen werden können, wenn der Tatbestand von Art. 148a StGB («unrechtmässiger Bezug von Leistungen einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe») erfüllt wird.  Unrechtmässiger Sozialhilfebezug soll aber nicht nur ausländerrechtlich, sondern auch sozialhilferechtlich geahndet werden, u.a. durch Kürzung und Entzug. Für den innerschweizerischen Vollzug sind zusammen mit den Kantonen zusätzliche, den Vollzug leitende Normen zu evaluieren, so wie das bereits im Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) bei den FZA - Stellensuchenden vorgesehen wurde (Art 29a AIG). Für diejenigen, die das Sozialhilfesystem missbrauchen oder keine Bemühungen für eine Beteiligung am Wirtschaftsleben zeigen, soll der innerschweizerische Rechtsetzungsspielraum maximal ausgeschöpft werden.  Es wird in diesem Zusammenhang insbesondere auch auf die Stellungnahme der Konferenz der Kantonsregierungen hingewiesen.  Personenfreizügigkeit  Die Entsendung von Arbeitnehmenden (grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung) ist Teil des Freizügigkeitsabkommens.  Das Meldeverfahren für Kurzaufenthalte bis 3 Monate wird beibehalten, um Arbeitskontrollen zu ermöglichen.  Der Grundsatz «gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» ist von zentraler Bedeutung. Weiterhin sollen paritätische Kommissionen (Gewerkschaften und Arbeitgeber) die Einhaltung der in der Schweiz geltenden Regeln für die Bezahlung von entsandten Arbeitnehmenden kontrollieren können (duales Kontrollsystem). Die Schweiz kann basierend auf einer objektiven Risikobeurteilung die Kontrolldichte selbständig definieren.  Der Bundesrat soll anstreben, folgende Ausnahmen abzusichern:   * Beibehaltung der Voranmeldefrist, eine Reduktion von 8 auf 4 Tage kann akzeptiert werden; * Kautionspflicht mit verhältnismässigen Sanktionen bis hin zu einer Dienstleistungssperre; * Dokumentationspflicht für Selbständige.   Betreffend Spesen ist eine Lösung nach dem Grundsatz «gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» zu finden. Wenn dies nicht möglich ist, ist eine schweizerische Lösung im Sinne der Praxis anderer EU-Mitgliedstaaten innenpolitisch zu finden.  Landverkehrsabkommen  Der Bundesrat ist darin zu unterstützen, dass der rein nationale Verkehr durch die Aktualisierung des Landverkehrsabkommens nicht beeinträchtigt wird. Der Bundesrat soll anstreben, diesen Grundsatz auch bezüglich der Sicherung der Trassen für den nationalen Verkehr umgesetzt werden können. Das bedeutet konkret, dass die Schweiz bei konkurrierenden Ansprüchen bei der Netznutzung des nationalen Verkehrs (Fernverkehr, Regionalverkehr und Güterverkehr) entscheidet.  Staatliche Beihilfen  Die Überwachung der Beihilfen wird durch eine schweizerische Überwachungsbehörde sichergestellt (Zwei-Pfeiler-Modell). Hier braucht es vorab eine breite Auslegeordnung für die innenpolitische Umsetzung. Bei der Positionierung und Zusammensetzung der Behörden sind auch die föderalistischen Aspekte zu gewichten.  Gemäss Common Understanding gilt folgendes: Würde ein gewisser Schwellenwert überschritten, müssten Bund, Kantone und Gemeinden eine Stellungnahme der Überwachungsbehörde einholen. Würde diese Stellungnahme missachtet, könnte die schweizerische Überwachungsbehörde den Fall von einem Schweizer Gericht klären lassen.  Hier ergeben sich Widersprüche mit Blick auf die Aussage, dass die verfassungsmässige Ordnung der Schweiz respektiert werde. Handelt es sich nämlich um eine Beihilfe, die in einem *nationalen* Gesetz verankert ist, ist Art. 190 BV zu beachten. Hier muss in den Verhandlungen Klarheit geschaffen werden.  Programmvereinbarungen  Wichtig ist der Kommission die rasche und dauerhafte Vollassoziierung an «Horizon Europe» einschliesslich einer schnellen und für den Rest der laufenden Programmperiode verbindliche Übergangsregelung, die Forschenden in der Schweiz ermöglichen soll, wieder an wichtigen Teilen des Forschungsprogramms (zum Beispiel an der Ausschreibung ERC Advanced Grant) teilzunehmen, sobald die Verhandlungen zum Paketansatz und zur Assoziierung an das Horizon-Paket im Laufe des Jahres 2024 aufgenommen werden. Auch die rasche Teilnahme an Erasmus Plus ist zentral.  Finanzmarkt  Der in Ziff. 6 des «common understanding» erwähnte Dialog zum Finanzmarkt findet in den Verhandlungsleitlinien keinerlei Erwähnung. Einerseits ist das soweit nachvollziehbar, als dass es für diesen Dialog keine Verhandlungen über einen Abkommenstext braucht. Andererseits wäre es aus Sicht der Kommission von Vorteil, wenn der Finanzdialog als Teil der Europapolitik bestätigt wird. Die Kommission begrüsst die Wiederaufnahme des Finanzdialogs ausserhalb des Pakets und regt an, hier insbesondere den institutsspezifischen Ansatz weiterzuverfolgen, der es den Schweizer Banken unter individueller Einhaltung des relevanten EU-Rechts (institutsspezifisch) erlaubt, grenzüberschreitend Dienstleitungen in den EU-Raum zu erbringen.  Schweizer Beitrag  Für die Kommission ist nachvollziehbar, dass für den Schweizer Beitrag für ausgewählte EU-Mitgliedländer ein dauerhafter Mechanismus vereinbart wird. In Bst. n der Verhandlungsleitlinien wird eine zusätzliche finanzielle Verpflichtung erwähnt, die den Umfang der Partnerschaft und der Zusammenarbeit im Zeitraum zwischen Ende 2024 und dem Inkrafttreten des dauerhaften Mechanismus widerspiegeln soll. Offen ist, wie diese Verpflichtung sich inhaltlich rechtfertigt und ob und wie sie bereits vor einem Gesamtvereinbarungsergebnis rechtlich abgesichert und wirksam werden soll. Hier erwartet die Kommission eine Klärung.  Parlamentarische Zusammenarbeit  Für die Verankerung und Akzeptanz der bilateralen Verträge in der Schweiz ist deren demokratische Absicherung zentral. Ein institutionalisierter Austausch zwischen der Bundesversammlung und dem EU-Parlament kann hierbei einen wichtigen Beitrag leisten. Der Bundesrat soll daher im Rahmen der Verhandlungen eine Regelung zur parlamentarischen Zusammenarbeit anstreben. |

**Commission de politique extérieure du Conseil des États**

**Prise de position de la CPE-E concernant le projet de mandat de négociation avec l’UE**

|  |
| --- |
| **Position de la CPE-E concernant les lignes directrices de négociation**  **(Vote sur l’ensemble 9/3/1)**  Dans le cadre de la consultation, la CPE-E prend position, par la présente, sur les lignes directrices de négociation visant à stabiliser et à développer les relations entre la Suisse et l’Union européenne (UE).  Introduction  En guise d’introduction, la commission souligne que la présente prise de position contient délibérément une appréciation générale assortie de quelques recommandations. Au vu de l’état d’avancement de la procédure, la commission renonce à commenter tous les points ou à restreindre substantiellement les lignes directrices afin de laisser au Conseil fédéral la marge de manœuvre nécessaire aux négociations. Elle se réserve donc le droit d’apprécier le résultat des négociations à la lumière des travaux de politique intérieure qui ont eu lieu.  La commission tient tout d’abord à remercier le Conseil fédéral pour la transparence dont il a fait preuve en publiant les lignes directrices de négociation. Tous les milieux intéressés peuvent ainsi s’exprimer sur la même base et le débat de politique intérieure, nécessaire dans notre pays, peut être mené sur une base objective.  Appréciation générale  Le « *Common Understanding* » (entente commune) conclu avec la Commission européenne à l’issue des discussions exploratoires représente, aux yeux de la commission, une bonne base pour mener des négociations en vue d’un résultat satisfaisant, qui non seulement tienne compte des intérêts suisses, mais contribue aussi à la sécurité juridique sur le long terme.  La commission salue particulièrement l’approche globale basée sur un paquet d’accords, l’intégration de règles institutionnelles dans les accords d’accès au marché (approche verticale) ainsi que l’abandon de la « clause guillotine ». Concernant ce dernier aspect, la formulation du point 12 du « *Common Understanding* », selon laquelle tous les accords en vigueur et futurs entre la Suisse et l’UE dans les domaines relatifs au marché intérieur devraient être considérés comme un ensemble cohérent (« *coherent whole* »), ne doit pas conduire à ce que certains accords soient à l’avenir placés dans une situation de dépendance juridique mutuelle. La commission estime qu’il est important que les règles négociées en matière d’aides d’État ne s’appliquent que de manière sectorielle dans le domaine ou l’accord concerné, et n’aient pas d’effet horizontal.  La commission se félicite également qu’un paquet entier de nouveaux accords (électricité, santé, sécurité alimentaire) soit en cours de négociation. Indépendamment des intérêts suisses dans ces domaines, cela permet de disposer d’une marge de manœuvre supplémentaire dans les négociations. S’il devait s’avérer que nos intérêts dans l’un de ces domaines risqueraient d’être insuffisamment protégés ou qu’un accord reste insatisfaisant pour d’autres raisons, il devrait être possible de renoncer à la conclusion de l’accord en question, sans que les autres domaines négociés soient affectés d’une quelconque manière. En particulier, il ne faut pas créer de couplage entre un accord sur l’électricité et le reste du paquet de négociation.  La position et le soutien des cantons, tels qu’ils sont exprimés dans la prise de position du 24 mars 2023 de la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) ainsi que dans celle du 2 février 2024, sont également importants pour la commission.  Règles institutionnelles  La commission soutient les conditions qui doivent s’appliquer pour la reprise dynamique du droit ainsi que le modèle à deux piliers pour l’application et la surveillance de l’accord. S’agissant du règlement des différends, il est compréhensible que la Cour de justice de l’Union européenne (CJUE) ait une fonction clairement délimitée pour l’interprétation des questions de droit de l’UE, et ce en raison de la participation sectorielle de la Suisse au marché intérieur et de la reprise du droit européen qui en découle. Il convient à cet égard de veiller à ce que la compétence de la CJUE se limite strictement à l’interprétation de notions du droit de l’UE, et ce seulement lorsque le tribunal arbitral estime que l’interprétation n’est pas claire ou qu’elle est nécessaire ou pertinente pour une décision, dans la mesure où cette question n’a pas déjà été traitée précédemment par la CJUE. Le tribunal arbitral doit notamment avoir la compétence exclusive de décider si ces conditions sont remplies.  Le Conseil fédéral doit également présenter, d’ici à la fin des négociations, les mesures qu’il entend prendre pour garantir les intérêts de la Suisse dans le cadre du « *decision shaping »* au niveau européen avant la reprise dynamique du droit et pour assurer la participation du Parlement à ce processus.  Par ailleurs, différents éléments doivent être définis de manière contraignante dans le cadre du règlement d’arbitrage. Par exemple, il y a lieu de préciser qu’une seule partie ne peut pas demander qu’un litige soit soumis à l’interprétation de la CJUE.  Enfin, les liens avec le Tribunal fédéral sont également à clarifier. Par exemple, le Tribunal fédéral ne doit pas être tenu, de manière générale, de soumettre à l’interprétation de la CJUE un litige qui a un lien direct avec un accord sectoriel sur l’accès au marché intérieur signé par la Suisse.  Il convient de faire en sorte que les éventuelles mesures compensatoires ne puissent prendre effet que lorsque le tribunal arbitral s’est prononcé sur la question de la proportionnalité  Modèle à deux piliers pour la surveillance de l’accord  Comme mentionné, le modèle à deux piliers pour la surveillance de l’accord est expressément salué. Pour préparer le mécanisme suisse, il convient de dresser un état des lieux détaillé et de présenter diverses solutions. En particulier, il y a lieu d’évaluer des autorités spécifiques (par ex. ElCom pour l’électricité) pour les accords d’accès au marché intérieur spécifiques. Par ailleurs, les aspects fédéralistes doivent être pris en considération dans le positionnement et la composition des autorités suisses.  Nouveaux accords dans les domaines de l’électricité, de la santé et de la sécurité alimentaire  La commission soutient l’objectif de conclure des accords dans les domaines de l’électricité, de la santé et de la sécurité alimentaire.  Dans le domaine de l’électricité, la liberté de choix des ménages et des PME est essentielle, que ce soit la liberté de choix totale ou la possibilité de rester dans l’approvisionnement de base protégé. Ce principe doit être garanti par rapport à la formulation du « *Common Understanding* », selon laquelle la protection des consommateurs et des consommatrices doit être « *in line with EU law* », surtout si la législation européenne se développe. Afin de maintenir le niveau de protection des consommateurs et des consommatrices face à une éventuelle libéralisation de l’UE, une clause de non-régression, similaire à celle de la protection salariale, pourrait être pertinente. Il est imaginable de procéder par étapes de sorte que l’approvisionnement de base reste garanti avant l’ouverture du marché.  La commission tient à ce que l’accord sur l’électricité se concentre pour l’essentiel sur les objectifs mentionnés dans la fiche électricité, à savoir la coopération dans le domaine de la stabilité du réseau, le commerce de l’électricité et la sécurité de l’approvisionnement.  La possibilité, pour la Suisse, de constituer des réserves d’électricité est mentionnée dans le « *Common Understanding* *»* comme une aide reconnue. Celle-ci doit être concrétisée dans le texte de l’accord et clairement garantie.  Par ailleurs, les formes de production actuelles (y.c. l’octroi de concessions) et les capacités de production que la Suisse met en place et exploite doivent être garanties contractuellement.  Directive sur la citoyenneté européenne  La commission soutient globalement les lignes directrices de négociation s’agissant de la directive sur la citoyenneté européenne. La nécessité prévue dans le « *Common Understanding* » d’avoir un lien avec le marché du travail est une étape importante pour éviter une immigration dans le système social suisse. Le Conseil fédéral doit en outre faire en sorte que la définition de l’activité professionnelle s’aligne autant que possible sur un équivalent plein temps.  Même après l’expiration du délai de cinq ans et même si une autorisation de séjourner en Suisse de manière permanente a été délivrée, il faut s’assurer que l’autorisation de séjourner en Suisse de manière permanente puisse être retirée aux personnes qui perçoivent durablement l’aide sociale ou qui ne font aucun effort pour participer à la vie économique.  Par conséquent, l’autorisation d’établissement doit pouvoir être retirée si les conditions prévues à l’art. 148*a* CP (« [Obtention illicite de prestations d’une assurance sociale ou de l’aide sociale](https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/54/757_781_799/fr#book_2/tit_2/lvl_1/lvl_u16) ») sont remplies.  L’obtention illicite de l’aide sociale ne doit pas seulement être sanctionnée en vertu du droit des étrangers, mais aussi en vertu du droit relatif à l’aide sociale, notamment en réduisant ou en retirant l’aide. S’agissant de l’exécution en Suisse, il convient d’évaluer l’instauration de normes supplémentaires en collaboration avec les cantons, comme cela a déjà été prévu dans la loi fédérale sur les étrangers et l’intégration (LEI) pour les demandeurs et les demandeuses d’emploi dans le contexte de l’accord sur la libre circulation des personnes (art. 29*a* LEI). Il convient d’exploiter au maximum la marge de manœuvre offerte par la législation suisse concernant les personnes qui abusent du système d’aide sociale ou qui ne font pas d’efforts pour participer à la vie économique.  Dans ce contexte, il est notamment fait référence à la prise de position de la CdC.  Libre circulation des personnes  Le détachement de travailleurs et de travailleuses (prestations de services transfrontalières) fait partie de l’accord sur la libre circulation des personnes.  La procédure d’annonce applicable aux séjours de courte durée (jusqu’à 3 mois) est maintenue afin de permettre les contrôles sur le lieu de travail.  Le principe « un salaire égal pour un travail égal au même endroit » est d’une importance capitale. Des commissions paritaires (syndicats et employeurs) doivent pouvoir contrôler le respect des règles applicables en Suisse en matière de rémunération des travailleurs et des travailleuses détachés (système de contrôle dual). La Suisse peut, sur la base d’une évaluation objective des risques, définir elle-même la fréquence des contrôles.  Le Conseil fédéral doit s’efforcer de garantir les exceptions suivantes :   * maintien du délai d’annonce (une réduction de 8 à 4 jours est toutefois acceptable) ; * obligation de verser une caution (sanctions proportionnées pouvant aller jusqu’à l’interdiction de fournir des services) ; * obligation d’établir des documents applicables aux indépendants.   S’agissant des frais, il faut trouver une solution selon le principe « un salaire égal pour un travail égal au même endroit ». Si cela n’est pas possible, la Suisse se dotera d’une solution dans le cadre de sa politique intérieure, en se fondant sur la pratique d’autres États de l’UE.  Accord sur les transports terrestres  Il faut soutenir le Conseil fédéral dans les efforts qu’il déploie pour que la révision de l’accord sur les transports terrestres ne nuise pas au trafic exclusivement national. Le Conseil fédéral doit faire en sorte que ce principe s’applique aussi à la garantie des sillons dans le trafic national. Concrètement, la Suisse doit pouvoir trancher en cas de revendications concurrentes pour l’utilisation du réseau du trafic national (trafic longue distance, trafic régional et trafic de marchandises).  Aides d’État  Une autorité de surveillance suisse assure la surveillance des aides (modèle à deux piliers). Toutefois, il est nécessaire de procéder préalablement à un état des lieux concernant la mise en œuvre au niveau national. Les particularités du fédéralisme doivent être prises en compte au moment de définir la position et la composition des autorités.  Conformément au « *Common Understanding* », si une certaine valeur seuil est dépassée, la Confédération, les cantons et les communes doivent requérir l’avis de l’autorité de surveillance. Si cet avis n’est pas respecté, l’autorité de surveillance suisse peut soumettre le cas à un tribunal suisse.  On se heurte là à des contradictions par rapport à l’affirmation selon laquelle l’ordre constitutionnel suisse est respecté. En effet, s’il s’agit d’une aide prévue par une loi *nationale*, l’art. 190 Cst. s’applique. Les négociations doivent clarifier ce point.  Conventions de programme  Aux yeux de la commission, une association complète, rapide (c’est-à-dire dès que les négociations sur l’approche sectorielle et l’association au paquet Horizon seront entamées, ce qui devrait avoir lieu dans le courant de l’année 2024) et durable à Horizon Europe revêt une grande importance. Il en va de même de l’établissement rapide d’une disposition transitoire et contraignante pour la suite de la période de programme en cours, qui doit permettre aux chercheurs et chercheuses établis en Suisse de participer à nouveau à des pans importants du programme de recherche (par ex. à l’appel « *advanced grant* » du Conseil européen de la recherche). Une association rapide à Erasmus+ est également essentielle.  Marchés financiers  Les lignes directrices de négociation ne mentionnent nullement le dialogue sur les marchés financiers dont il est fait état au point 6 du « *Common Understanding* ». Cela se comprend dans la mesure où ce dialogue ne nécessite pas de négociation en vue d’un accord. Mais la commission estime qu’il serait opportun que le dialogue financier fasse partie intégrante de la politique européenne. Elle se félicite de la reprise du dialogue financier en dehors du paquet et suggère, dans ce contexte, de poursuivre tout particulièrement l’approche spécifique à l’établissement, qui permet à chacune des banques suisses, dans le respect des dispositions pertinentes du droit européen, de fournir des prestations de services transfrontalières dans l’espace de l’UE.  Contribution suisse  La commission conçoit tout à fait qu’un mécanisme permanent soit mis en place sur une contribution suisse à certains pays membres de l’UE. La let. n des lignes directrices de négociation mentionne « un engagement financier additionnel reflétant le niveau de partenariat et de coopération pendant la période entre fin 2024 et l’entrée en vigueur du mécanisme permanent ». Il n’est pas précisé comment le contenu de cet engagement est justifié ni si et comment il peut être garanti et rendu effectif sur le plan juridique avant qu’un accord global ne soit conclu. La commission attend des éclaircissements à ce sujet.  Coopération parlementaire  Les accords bilatéraux doivent être le fruit d’une décision démocratique si l’on veut qu’ils trouvent leur légitimité et soient acceptés en Suisse. Un échange institutionnalisé entre l’Assemblée fédérale et le Parlement européen peut y contribuer dans une large mesure. Dans le cadre des négociations, le Conseil fédéral doit donc viser la mise en place d’une réglementation sur la coopération parlementaire. |